

Antrag

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Christiane Schneider, Norbert Hackbusch,
Kersten Artus, Elisabeth Baum, Dr. Joachim Bischoff,
Wolfgang Joithe-von Krosigk, Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE)**

Betr.: Zwischenbericht Arbeitsgruppe Universitätsneubau

Die letzte Wissenschaftsausschuss-Sitzung fand am 28. August 2008 statt. Auf dieser Sitzung lehnte die Mehrheit mit den Stimmen von CDU und GAL einen Antrag der SPD zur Selbstbefassung zur Zukunft der Universität Hamburg ab. Als Begründung wurde angeführt, dass es keinen Gesprächsbedarf gäbe. Weitere zwei Wissenschaftsausschuss-Sitzungen wurden abgesagt, weil buchstäblich „nichts“ auf der Tagesordnung stand. Stattdessen lesen die Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft in den Tageszeitungen, dass an der Idee der Wissenschaftssenatorin Gundelach, die Universität auf den Grasbrook zu verlagern, kräftig gearbeitet wird. Mitte August wurde eine Arbeitsgruppe in der Behörde für Wissenschaft und Forschung etabliert, die offenkundig regelmäßig arbeitet. In die Arbeitsgruppe wurden vier Abgeordnete – zwei von der CDU und zwei von der GAL – berufen, deren Namen erst nach intensiver Nachfrage auf der letzten Ausschuss-Sitzung herausgerückt wurden. Nur mühsam wurde die Information an die Ausschussmitglieder gegeben, dass vier Untergruppen in den Themenbereichen Stadtentwicklung, Finanzierungsmodalitäten, Bauabläufe und Verfügbarmachung von Plätzen gebildet wurden. Die Kanzlei untersagte weitere Nachfragen mit Hinweis auf die Geschäftsordnung.

Durch die Schriftliche Kleine Anfrage 19/1206 der Abgeordneten Dr. Stapelfeldt wurde bekannt, dass Staatsräte, Amtsleiter und der Oberbaudirektor ebenfalls einbezogen sind. Dreistellige Tausend-Euro-Beträge sind bereits in die Planungsarbeiten geflossen. Die Ergebnisse dieser externen Auftragsvergabe sollten „voraussichtlich“ bis Ende Januar vorliegen.

Die eventuelle Verlagerung der Universität darf keine Geheimsache sein. DIE LINKE betrachtet dieses Vorgehen als schlichte Missachtung des Parlaments und fordert eine transparente demokratische Begleitung dieses Prozesses.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in der 17./18. Bürgerschaftssitzung im Dezember einen Zwischenbericht über den Stand der oben beschriebenen Arbeitsgruppe vorzulegen und den Wissenschaftsausschuss über die laufende Arbeit zeitnah regelmäßig zu informieren.